

Pariser Weihnachtsgefäße.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Traditionen, die Herr Poincaré bei der letzten Kammertagung von sich gegeben hat, in Deutschland eine ähnliche Beauftragung finden werden, wie es im Anfang seiner Rede-Campagne der Fall war. Wir denken gar nicht daran, und die Weihnachtsfeier oder die Paix irgendeine dadurch verbergen zu lassen, wenn wir auch natürlich achselzuckend konstatieren, daß wieder einmal in der französischen Kammer sowiel gelogen worden ist, daß sich die Ballen bogen. Die Reichsregierung hat sich ja die Müde genommen, in einer längeren Erwiderung die östlichen Unwahrheiten und Entstellungen des französischen Staatsmannes richtigzustellen. Die unerhörte Lüge Poincarés besteht in seiner Abschöpfung des Vertrages der deutschen Industriellen mit dem Wium. Wenn er behauptet, daß die Erträge der Säckleferungen, die aus dem Ruhegebiet kommen, in letzter Linie für die Belastungskosten aufgewendet werden, und erst das dann noch verbleibende Rest dem Reparationskonto aufzuschreiben werden soll, so steht in dem Vertrag etwas ganz anderes. Es würde verhindern, daß nur die Erträge der Gebühren, also die Kohlensteuer und die Höhe für die Belastungskosten verwendet werden dürfen, während alle anderen Lieferungen ohne Abzug aus dem Reparationskonto geschrieben werden müssen. Gerade darin lag der Wert für die Reichsregierung, wenigstens eine gewisse Verminderung der Reparationsschuld durch das Abkommen zu erreichen: Hält dieser Vorteil weg, so ist der ganze Vertrag für Deutschland nicht nur wertlos, sondern einfach schändlich. Es wird Aufgabe der deutschen Regierung sein, diesen Tabesstand ohne Verhältnis vor aller Welt richtig zu stellen und seine Anerkennung durch die französische Regierung zu erwirken. Die Unterredung, die nach den leichten Nachrichten der deutschen Gesellschafter von Hochstädt zur Einleitung weiterer Schritte, demnächst von Poincaré eröffnet wird, dürfte dazu die beste Gelegenheit bieten. Bedenkt wäre es nicht als bedeutsam, die in der ersten Unterredung angekündigten präzisen Vorschläge zu machen oder gar bestimmte Bindungen darüber einzugeben, bevor nicht dieser entscheidende Punkt von der französischen Regierung einwandfrei klar gestellt worden ist.

Dies vor allem ist wichtig, aber im übrigen, wie gesagt, bietet die Rude Poincarés keinen Anlaß zu irgendwelcher Befürchtung. Ein grundlegender Mangel hat sich langsam, aber unverkennbar im Laufe des Jahres doch vollaufen. Herr Poincaré strengt nicht mehr zu schnelliger Attacke an, er steht auf seinem Posten und muß die Angriffe abwehren, die immer häufiger auf ihn niedergeprallt sind. Und in diesem Stadium, wo der passive Widerstand aufgehört hat, und alle Welt darauf wartet, daß die bindenden Verpflichtungen, die er für diesen Fall eingegangen ist, auch erfüllt werden, in diesem bedeutsamen Stadium ist die Situation für eine gezielte und taktische deutsche Außenpolitik nicht ungünstig. Eine solche Außenpolitik müßte allerdings die Gunst der Stunde zu nutzen wissen, ehe noch die neue Regierung in England ihren Kurs endgültig festgelegt hat. Eine solche Außenpolitik hätte jetzt daran zu erinnern, daß Poincaré in den beiden Noten vom 16. Juni und vom 12. Juli dieses Jahres der englischen Regierung mitgeteilt hat, daß er nach Aufgabe des passiven Widerstandes die deutschen Behörden wieder in ihre Rechte einzusetzen würde und daß die Belastungstruppen unentbehrlich gemacht würden, daß schließlich der Zustand wiederhergestellt werden würde, wie er vor dem 11. Januar befand. Hat sich nicht Lord Curzon im Vertrauen auf das Wort Poincarés gewünscht, zum Bürger für die französischen Besitzungen genommen zu werden, als er noch den Empfang dieser Noten der deutschen Regierung den dringenden Rat zum Abbau des passiven Widerstandes erfuhr? Nun England, da nun nichts von allen Verpflichtungen erfüllt worden ist, einen solchen Vorwurf seines Verbündeten schwiegend hinnehmen? Herr Poincaré hat nichts mehr, womit er und vor seinen Verbündeten und vor der Welt anfangen könnte; wohl aber hat er selbst uns ein Anlagenmaterial in die Hand gegeben, welches uns das letzte Argument für ihn erschüttern muß, wenn es in der richtigen Weise verwendet wird. Freilich, ein Argument steht Herrn Poincaré zu Gebote, welches noch immer alle anderen schlägt: Ein Heer von 800 000 Mann. Aber schließlich ist es doch der Geist, der auch über Millionen-Heere den Sieg erringt.

Ein neuer französischer Neubergriff.

Herrn Schied. Gekommen früh besetzte französisches Militär die Rathauswache. Zwei mit Waffenbewerben ausgerüstete Kompanien umstellt die Unterkünfteräume des Schupo und durchsuchten sie. 16 Beamte, darunter ein Polizeoberleutnant, wurden festgenommen und abgeführt. Die bei Beginn der Aktion ebenfalls in Haft genommene Oberbürgermeister Dr. Hartmann und Polizeimajor Quast wurden im Laufe des Nachmittags, als die französischen Truppen wieder abrückten, auf freien Fuß gesetzt.

Der "Kölner Zeitung" wird zu den Vorgängen in Remscheid gemeldet: Nachdem vor einiger Zeit, aus der hiesigen kommunistischen Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums an die Stadtverwaltung die Anfrage gestellt worden war, ob die dortige Schupo über besonders große Waffenlager verfüge, und die Antwort vollständig verneinend ausgeholt war, erfolgte gestern vorzeitig um 5 Uhr auf eine kommunistische Denunziation hin eine Untersuchung durch zwei Kompanien französischer Truppen. Aus dem Düsseldorfer Hauptquartier war eine eigene Abordnung zur Feststellung des Sachverhaltes erschienen. Der Oberbürgermeister, der Bevölkerungsdeputierte und der Kommandeur der Schupo wurden um 5 Uhr morgens geweckt und nach dem Rathaus bestellt. Trotzdem waren beide Seiten verständigt, daß über die planmäßigen Mengen hinaus Waffen nicht vorhanden seien, erfolgte auf besonderen militärischen Befehl hin die Untersuchung des in der Nähe des Schupoquartiers befindlichen Bismarckturmes, wo sich angeblich große Waffenmengen befinden sollten. Die Untersuchung verlief vollständig ergebnislos. Während der Untersuchung wurde der Bevölkerungsdeputierte als Zeuge auf der französischen Wache festgehalten.

Die Schweiz im Dienste des deutschen Volkes.

Das unter Leitung von Geheimrat Professor Emil Anderthalen-Hall stehende Schweizer Kinderhilfkomitee schreibt: Es gibt zurzeit in der Schweiz keinen Ort, an dem nicht zur Linderung der deutschen Not sich ungezählte Hände rütteln. Unter der Leitung der großen Organisationen Schweizerisches Kinderhilfkomitee und Komitee für die hungernden Söhne ist das ganze schweizerische Volk, das nun seit bald zehn Jahren ununterbrochen zur Linderung der Wunden, die der Krieg und die Nachkriegszeit geblendet haben, tätig ist, erneut mobil gemacht worden, um einerseits Propaganda für die Aufnahme von hungrenden Kindern zu machen, und anderseits Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Schuhe usw. für die notleidenden Schwestern und Brüder in Deutschland zur Verfügung zu stellen. In fieberhafter Eile wird zurzeit Tag und Nacht gearbeitet, um die alle Erwartungen übertreffende Ausbeute an Viehgeaden aller Art zu sortieren und so rasch als möglich an die am meisten notleidenden Städte in Deutschland weiterzuleiten. Es sind bereits eine ganze Reihe von Küchen in Süddeutschland im Betrieb, um rechtzeitig und wirtschaftlich helfen zu können. Die Schweizerische Organisation hat sich in der Schweiz auf die

Unterstützung von benachbarten Städten beschäftigt. Man hofft, daß sich die nordischen Länder in ihrer Ölstaatenfahrt auf den Norden von Deutschland konzentrieren. Hat die Schweiz kurz nach dem Kriege den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zur Hilfe für das benachbarte Österreich und dann für das hungernde Rußland gelenkt, so ist jetzt jedes einzelne Ölwerk ans und gut auf die große Deutschlandhilfe konzentriert. Wenn auch die kleine Schweiz, die selbst noch schwer unter den Nachwegen des Krieges leidet, das große Elend nicht zu beobachten vermag, so muß doch schon der Gedanke, daß ungezählte Herzen für das deutsche Volk schlagen, in dieser trüben Zeit erheblich wirken. Tausende von deutschen Kindern erleben jetzt in der Schweiz die praktische Anwendung der Rätschensleide an sich selbst und von ihnen kraft wieder sehr viel Liebe auf die zu Hause Gebliebenen zurück.

Italien zu Frankreichs Mittelmeropolitik.

Herrn. Für die italienische Stimmung ist ein Teilstück des "Epos" bezeichnend, in dem es heißt: "Das Los der Mittelmeropolitik ist an der Mutter gefallen. Während wir Italiener Poincaré ob seiner Feindseligkeit gegenüber Deutschland preisen und ihm ohne jede Entscheidung Überzeugungen vertheidigen dürfen, dachten wir nicht daran, daß Frankreich im Besitz der europäischen Machtbasis keine Mittelmeer- und Balkanpolitik mit neuer Energie aufnehmen würde. Heute diktiert Poincaré in Tanger das Gesetz und gleichzeitig unterstellt er in Athen die Republikaner und Venizelos und verhandelt mit der neuen Regierung über einen Militärvertrag. Wenn es ihm gelingt, Griechenland in die Kleinmächte aufzunehmen, haben wir auf dem anderen Abrauter zwei geklünte und Frankreich verbündete Mächte, Jugoslawien und Griechenland, die beide durch ein antitalianisches und antibritisches Programm geziert sind und von Bucarest bis zum Korfu Kanal ein defensives und offensives Marinesystem organisieren. Wir befürchten Frankreich nicht das Recht, eine italienfeindliche Politik zu treiben, bitten aber Frankreichs Politiker und Presse, und nicht Skar, so töricht zu halten, die Wirklichkeit nicht zu erkennen, die Wirklichkeit, die wir zur Basis unserer neuen diplomatischen und nichtdiplomatischen Aktion machen werden.

Millionen Rentenmark, deren Auflösung aus politischen Gründen nicht erfolgte, sondern ferner 800 Millionen Rentenmark hineingelassen werden können, weil damit auch die hypothekarische Belastung von vier Prozent im belasteten Gebiete Platz kreieren werde. Das sei ein erheblicher politischer Erfolg, über den man sich außerordentlich freuen könne.

Noch keine Entscheidung über die Belebung der Vertreterposten in Paris und Brüssel.

Zu der Melbung des Pariser Blattes "Echo de Paris", daß die Reichsregierung die Ernennung von Goeschel zum Botschafter in Paris beschlossen habe, erläutert die Telegraphen-Union auf Anfrage von auständiger Stelle, daß bisher weder über den Pariser Botschafterposten noch über den Brüsseler Generalposten eine Entscheidung durch die Reichsregierung getroffen worden ist.

Der Separatistensührer

Matthes im Düsseldorfer Schupo-Prozeß.

Herrn. Düsseldorf. Der Separatistensührer Matthes erklärte bei der Vernehmung, er habe seine Propaganda mit ein paar ärgerlichen politischen Versammlungen in Bonn, Niedersachsen usw. beenden wollen. In einigen Städten seien die Teilnehmer an diesen Versammlungen unverhohlen überfallen worden. Darum sei der sogenannte Selbstschutz gebildet worden. Zum gleichen Tag in Düsseldorf habe er als zu einer unbedingt friedlichen Kundgebung aufgerufen. Es sei an keine Gewalt gedacht gewesen. Jeder Auto-Nieder mit Preußen, nieder mit Berlin! sei streng verboten worden. Bei dem Auto, der zum "Vergilten Löwen" gehörte sei, habe er den Kaufmann Lehne getroffen und ihn gebeten, ihm sein Auto zur Verfügung zu stellen. Das Auto sei unter den grün-weiß-roten Flaggas gefahren. Er habe niemals Handgranaten im Auto gehabt. Wenn er gewußt hätte, daß solche darin waren, hätte er es verboten. Matthes sagte weiter: Das Auto fuhr zum Hindenburgkai. 5 Minuten vor 4 Uhr hörte ich einen Schuß. An der Folge fielen weitere einzelne Schüsse. Ich bin auf den Sitz des Autos gestiegen und habe von dort aus meine Ansprache am Kaiser-Wilhelm-Denkmal gehalten. Links von mir sah Lehne. Ich hörte nach 5 Minuten meine Ansprache beendet und ein Auto ausgebaut. In diesem Augenblick wurde "Hurra" gerufen. Ich bekam das erste Feuer in der Nähe der Elefanten-Abrüstung entweder von einem Taxis oder Feuer. Am Bahnhof wurde ich von meinen Freunden mit Wurmstichen empfangen, weil ich am Vormittag gesagt hatte, die Schupo werde uns nicht angreifen. Die Belagung hat unbedingt Neutralität verschafft. Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärte Matthes, er habe am Selbstschutz 3-4000 Mann bei sich gehabt. Von den 25-30 000 Teilnehmern an dem Zug seien etwa 10 Prozent bewaffnet gewesen. Kommunisten, Nationalisten und teilweise Polizeibeamte hätten ihn vorher gedroht, daß sie den Separatisten die Schädel einschlagen würden. Da hätten sie viele aus Rotwehr bewaffnet. Die Delegierten der einzelnen Städte hätten ihren Selbstschutz mitgebracht. Auf die Frage der Verteidigung, ob sich dieser Selbstschutz am Bahnhof militärisch aufgeteilt habe, erklärte Matthes: Ich habe eine Wichtigung des Selbstschutzes am "Vergilten Löwen" vorgenommen und ihm noch einmal dargelegt, daß er gekommen sei, um friedlich zu demonstrieren. Ich sagte, Versammlungen finden nicht statt. Ich will sehen, wie die Leute militärisch organisiert sind. Eine weitere Frage der Verteidigung beantwortet Matthes dadurch, er habe den Leuten am "Vergilten Löwen" gesagt: Wir sind zu einer friedlichen Kundgebung gekommen. Wenn wir angegriffen werden, haft tuchtig drauf! Von Wasser-gebrach war aber keine Rede.

Über sein Ziel befragt, daß er mit der Bekundung am 30. September verfolgt habe, führte Matthes aus: Gestern vorher hatte man in Düsseldorf in der Presse gelebt: Separatisten gibt es nicht, es gibt nur ein kleines Häuflein. Ich wollte nur dem Auslande und dem Auslande zeigen, daß wir eine Klasse sind und daß eine Vaterlandsklage existiert. In seinem Büro, Ritterstraße 61, sei bis zu seinem Weggang nach Koblenz bestimmt kein Waffenlager gewesen. Was später geschiehen sei, wisse er nicht, habe es auch noch nie erfahren. Damit war die Vernehmung von Matthes, die über eine Stunde dauerte, beendet.

Die verbotenen Parteien bei der Wahl.

Herrn. Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, der fordert, daß vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteienorganisationen die Gründung von Vereinigungen ausschließlich zur Verteidigung der Wahlen anlässlich kein voll Versammlungs- und Brecherrecht sollen auch für die verbotenen Parteienorganisationen nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Bestrafungen unterliegen.

In der selben Sitzung wurden von sozialdemokratischer Seite Petitionsanträge über die lange Dauer der Schuhhaft und über die Behandlung der Schuhhaftlinge vorgebracht. Der Vertreter des Reichswehrministeriums kündigte an, daß nach Möglichkeit noch vor Weihnachten eine Anzahl von Schuhhaftlingen entlassen werden soll. Vom Ausschuß wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ermahnt wird, die Prüfung der Schuhhaftfälle auf das äußerste zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß in möglichst großer Zahl Schuhhaftgefange noch vor den Festtagen zu ihren Familien zurückkehren können.

Die Regelung der Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Ein vom Reichsarbeitsministerium zur Regelung des Arbeitszeitfrages für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingeleiteter Schlichtungsausschuß hat einen Schiedsvertrag gefaßt, wonach die Arbeitszeit unter Tage acht Stunden, in den Standeswirken achtundhalb Stunden, über Tag zehn Stunden betragen soll. Die Schichtlöhne sollen im Hinblick auf die Steigerung der Arbeitsleistung um ein bis zwei Achtel erhöht werden.

Die englische Arbeiterpartei und der deutsche Prioritäts-Antrag.

Herrn. Aus Neuerungen der Pariser Morgenblätter ist zu schließen, daß diese damit rechnen, daß die Arbeitsergänzung Anfang Januar in London die Wacht ergreifen und das Schicksal der deutschen Lebensmittel-anliebe entscheiden werde. In diesem Zusammenhang verdient eine Londoner Nachricht des New York Herald Tribune Beachtung. In dieser wird ausführlich, daß die Labour-Partei sich für die Annahme des deutschen Gesetzes einsetzen werde. In London gelte als sicher, daß die Vereinigten Staaten den Prioritätsplan durchaus befürworten werden und es unterliege keinem Zweifel, daß ein aus mündlichen Erwägungen erfolgter Appell in den Kreisen der Labour-Partei großen Widerhall finden wird. Vertretung im Echo des Pariser spielt gleichfalls auf die Bedeutung an, die der Entschluß Ramsay Macdonalds in der Frage des Prioritäts-Antrages haben wird.

Ihren Neujahrsglückwunsch

zur Veröffentlichung in der Montagsausgabe vom 31. 12. 1923 des "Niederrheinischen Tagesspiegels" können Sie

schon heute bestellen!

Bon alljährlich wiederkehrenden Gratulanten gesucht uns die Befehlung: "Wie gehabt?" Alle anderen Empfehlungen, insbesondere "kleine Anzeigen", finden in der Silvester- und Neujahrsnummer, die an 2 Tagen aufliest, ganz besondere Beachtung. — Wie bitten um baldiges Einlieferung der neuen Anzeigenzeile.

Tagesspiegel - Geschäftsstelle

Niederrheinische Straße 59. — Fernsprecher 20.

Der Reichsfinanzminister über Deutschlands Finanzlage.

Herrn. Die "Basler Nachrichten" veröffentlichten ein Interview ihres Berliner Redakteurs mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage Deutschlands. Der Minister bezeichnete die Finanzlage des Reichs als außerordentlich ernst, stellte aber fest, daß sich die Reichsbudags in der ersten Dezemberhälfte gegenüber dem Monat November wesentlich verringert haben. Zu den Steuereinnahmen bemerkte Dr. Luther, daß bei ihrer Beurteilung vor allem berücksichtigt werden müsse, daß die Einnahmen aus dem reichen Gebiete Deutschlands seit Anfang d. J. nur sehr düstig liegen. Trotzdem aber bleibe diese Einnahmentwicklung des Staats ein extremes Bild, dank der anhaltenden Stabilisierung des Marktes. Das neue groß angelegte Steuernprogramm sei außerordentlich hart, aber die Not des Landes, die der Nutzung der neuen Steuern sei, wie schwer, als mancher an sich berechtigter Grundlage. Charakteristisch für die neuen Steuern sei die Abholung in Goldmark und die Verbindung eines tragbaren Tarifs mit einer scharfen Eröffnung der Goldwerte. Dr. Luthers Erklärungen folgten nach den "Basler Nachrichten" mit folgenden Worten: Die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist außerordentlich schwer und wird der arduinen Anstrengungen aller Kreise bedürfen, um dem gesetzten Ziel nahe zu kommen. Vor allem haben wir es mit den unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten zu tun, die vor allem darauf beruhen, daß die Einnahmen aus den Steuern und die Ausgaben zeitlich auseinander fallen, daher auch die Verzögerung in der Auszahlung der Beamtengehälter für die zweite Dezemberhälfte. Grundvoraussetzung für das Gelingen des Programms ist freilich, daß wir die Stabilisierung der Mark auch weiterhin aufrecht zu erhalten vermögen. Wenn auch eine endgültige Lösung des Problems ohne tätige Mithilfe des Auslandes nicht erreicht werden kann, so werden wir doch alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu überwinden.

Zur Errichtung der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank.

Herrn. In der Begründung der Kölner Handelskammer erklärte Geheimrat Dr. Louis Hagen über die Verhandlungen in der Angelegenheit der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank u. a., daß ein erheblicher politischer Erfolg im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Errichtung der Goldnotenbank erzielt worden sei. Dieser Erfolg besteht darin, daß die deutschen Unterhändler von den französischen und belgischen Mitgliedern der Rheinlandkommission die Zusage erhalten haben, daß nun um Zug mit der Genehmigung der Goldnotenbank das bis jetzt im befreiten Gebiet noch nicht genehmigte Kreditbankgesetz zugelassen werde. Durch die Zulassung dieses Gesetzes in vollem Umfang würden nicht nur die Voraussetzung für den Betrieb vorbereitet, welche